

CHRONIK DER ZEIT

Präsident der Gewerkschaften

Dar Entschluß des Präsidenten Truman, nicht mehr zu kandidieren, wird vor allem von der internationalen Gewerkschaftsbewegung bedauert werden. Ein Freund der Gewerkschaften würde von der Bühne verschwinden, wenn Harry Truman sich ein für allemal aus dem öffentlichen Leben der USA zurückziehen würde. Die Gewerkschaften gaben bei der letzten Präsidentenwahl den Ausschlag für ihn; damals, als niemand — außer er selbst, der sich auf Belichte aus den Arbeiterbezirken verließ — an seine Wiederwahl als Präsident glaubte. Nicht als ob die Gewerkschaften einheitlich hinter Truman gestanden hätten. Große und einflußreiche Gewerkschaftsverbände haben die republikanische Seite begünstigt. Aber das Union vote — die Stimmen der Gewerkschaften — waren unter Truman mehr denn je daran, zu einer festen politischen Größe zu werden. Man möchte daher Truman fast einen Präsidenten der Gewerkschaften nennen.

Durch einen Zufall — den vorzeitigen Tod von Präsident *Roosevelt* — fiel Harry Truman das höchste Amt der Vereinigten Staaten zu, die Präsidentschaft, mit der ja in den USA die wirkliche politische Führerstellung im Staate verknüpft ist. Er galt als ein durchschnittlicher Mensch, als die Verkörperung des kleinen Mannes aus dem Mittleren Westen. Aber er ist ein bedeutender Präsident geworden. Er wuchs mit seinen Aufgaben. Große, wichtige und z. T. schreckliche Entscheidungen der amerikanischen Weltpolitik hat er auf sich genommen. Er hat die Verantwortung übernommen, die Atombombe in Japan einzusetzen. Er entschied, die amerikanische Weltpolitik herumzuwerfen, als eine Verständigung mit Rußland immer schwieriger wurde. Er wird in der Geschichte als der Präsident der USA weiterleben, unter dem der kalte Krieg begann. Die Politik, die jede weitere Ausdehnung der Sowjetmacht als Bedrohung der USA mit allen Mitteln bekämpfen will, trägt seinen Namen und heißt Truman-Doktrin. Unter seiner Präsidentschaft wurde in Form des Marshall-Plans Europa ökonomisch gerettet — und gleichzeitig China preisgegeben, weil die erforderlichen gigantischen Mittel für die Rettung Asiens nach der Anbahnung des Marshall-Plans nicht mehr da waren. Er behielt die Nerven, als die Welt während der Berliner Blockade am Rande von Kapitulation und Krieg entlangtaumelte. Er nahm es auf sich, während der Berliner

Krise die amerikanischen Atombomben nach England, d. h. in Reichweite Moskaus zu verlegen. Er traf die große Entscheidung, in Korea einzugreifen, und er stürzte *MacArthur*, als der Korea-Krieg an dem kritischen Wendepunkt stand und in den großen, alles in seinen Bann reißenden Asienkrieg zu münden drohte.

Harry Truman gab seinen Entschluß bekannt, daß er nicht mehr kandidieren werde, als feststand, daß mit aller Wahrscheinlichkeit zu seinem Nachfolger ein Mann gewählt werden würde, dessen weltpolitische Auffassungen den seinen ähnlich sind.

Ein großer Arbeiterführer

Der in der Schweiz verstorbene *Sir Stafford Cripps* muß zu den großen Figuren der sozialen Bewegung Europas gerechnet werden. Die englische Arbeiterbewegung verliert in ihm einen ihrer stärksten, unabhängigsten und unbedingtsten Köpfe. Die Epoche, in der *Sir Stafford Cripps* nahezu englischer Wirtschaftsdiktator war, gehört zu den schwierigsten und größten der Regierungszeit der englischen Arbeiterpartei. Er hat das Programm der Entbehrung (*Austerity*), durch das England gleichsam sich zu seiner sozialen und nationalen Freiheit durchhungern sollte, mit einem großen Mut zur Unipopularität durchgeführt. *Sir Austerity Cripps* hieß er damals. Die Unbeugsamkeit, mit der er hier vorging, kam aus der Überzeugung und auch Härte einer glühenden und leidenschaftlichen Gesinnung. Hauptsächlich solche Impulse, die sein christlicher Glaube ihm gab, verliehen seinem Werk das Gepräge. Sozialismus bestand für ihn darin, das soziale und politische Leben mit dem Geist des Christentums zu durchdringen.

Winston Churchill hat mit der Kraft seines Wortes die Figur und das Werk *Sir Stafford Cripps* hervorragend gekennzeichnet: Er hatte wenig seinesgleichen an Fähigkeit und Charakter. Er war ein Mann der Stärke und der Leidenschaft. Er kämpfte sein ganzes Leben lang mit einer bemerkenswerten Gleichgültigkeit gegenüber materiellen Gütern oder Vorteilen. Im Unterhaus gibt es nur wenige, die nicht das eine oder andere Mal in scharfem Gegensatz zu ihm standen. Aber es hat im Unterhaus niemand gegeben, der ihm nicht Achtung entgegengebracht hat, ja Bewunderung, nicht nur für seine Fähigkeit, sondern auch für seinen Charakter.

Schwarz und Weiß in der sozialen Krise

Ein Verfassungskonflikt in der Südafrikanischen Union hat blitzartig die sozialen und volkswirtschaftlichen Gärungen erhellt, die mit ihren Zuckungen ganz Süd- und Mittelfrika erregen.

Die Politik der nationalistischen, hauptsächlich auf das holländisch-burische Element gestützten Partei des Ministerpräsidenten Malan zielt auf die sog. Apartheid, die Trennung zwischen Weiß und Schwarz, ab. Diese Apartheid bedeutet aber nicht, daß die beiden Rassen ihren eigenen Lebensraum für sich haben sollen. Die Kreise, die dem Gedanken der Apartheid huldigen, haben vielmehr alles getan, um die Grundlagen der bäuerlichen Wirtschaft der Schwarzen zu zerstören. Die Apartheid hat nicht zum Ziele, die soziale und regionale Selbstverwaltung der Schwarzen herzustellen, sondern sie will die Scheidung der weißen Herrschaft von den unterworfenen und arbeitenden Klassen der Farbigen bewerkstelligen. Es soll — das ist die Absicht der maßgeblichen Politiker in Südafrika — ein weißes Proletariat nicht mehr geben. Der Nimbus des weißen Mannes darf nicht dadurch gefährdet werden, daß ein Weißer „niedere Arbeit“ verrichtet. Es darf eine Klasse der „armen Weißen“ (poor whites) nicht entstehen. Der Schwarze dagegen ist dazu bestimmt, ein besitzloser Proletarier zu sein, und die Zerstörung der bäuerlichen Wirtschaft in Südafrika ist dazu ausersehen — wie einst in der Urzeit der kapitalistischen Revolution Europas —, die industrielle Reservearmee in Südafrika zu schaffen.

Ein Verfassungskonflikt in Südafrika entbrannte, als der Oberste Gerichtshof ein Gesetz für ungültig erklärte, das getrennte Wählerlisten für Weiße, Schwarze und Mischlinge vorsieht. Die Oppositionsparteien, die hauptsächlich das „englische Element“ in der Union vertreten, haben darob die Regierung den Kampf angesagt. Ein großer Machtkampf zwischen den weißen Parteien Südafrikas ist im Gange. Die britische Presse ergeht sich daher in außerordentlich düsteren Betrachtungen über die Lage Südafrikas. Manchester Guardian meint, daß die Buren — die Nachfolger der holländischen Bauern — eine romantische Revolte gegen das 20. Jahrhundert betreiben, gegen eine Entwicklung, die durch das Zusammenwirken von britischen und jüdischen Unternehmern und der Arbeitskraft der Bantuneger das Land industrialisierte. Man kann dem Manchester Guardian wohl recht geben: Die Politik der Apartheid würde an die Stelle des Industriekapitalismus einen Feudal- und Plantagenkapitalismus setzen.

Die Londoner Regierung muß vorsichtig vorgehen. Eine allzu offene und starke Unterstützung der „liberalen“ Elemente in der Union (d. h. der Kreise, die eine fortschrittliche Eingeborenenpolitik anstreben) könnte die Loslösung der Südafrikanischen Union vom britischen Commonwealth zur Folge haben.

Die Auseinandersetzungen in der Südafrikanischen Union strahlen auch auf das britische Südafrika aus. Süd- und Nordrhodesien sind beides Kronkolonien, d. h. regiert von britischen Beamten. Die weißen Siedler aber streben seit langem nach „Selbstregierung“, bei der die eingewanderten Weißen das Heft in der Hand hätten. Die Eingeborenen-Politik der englischen Verwaltung ist dabei viel großzügiger und fortschrittlicher, als es den weißen Siedlern recht und lieb ist. Die Vereinigung der beiden Rhodesias — die mit der wirtschaftlichen Notwendigkeit der Verbindung der nordrhodesischen Kupfergruben mit der südrhodesischen Kohle begründet wird — soll zur Schaffung eines „sich selbst regierenden“ Dominiums führen, das groß genug wäre, um eine Vormundschaft Londons ablehnen und abwehren zu können.

Die Londoner Regierung hat sich grundsätzlich zu dem Gedanken der Vereinigung der britischen Kolonien Südafrikas bekannt, knüpft aber daran die Bedingung, daß dieser Zusammenschluß auf einer Partnerschaft zwischen Weißen und Afrikanern ruhen müsse. Die Schwarzen in den beiden Rhodesias sind für das Zuwarten. Sie fürchten, daß vertragliche und Verfassungsbestimmungen wenig nützen werden, wenn einmal die weißen Siedler — unkontrolliert durch die liberale Eingeborenenpolitik Londons — das Heft in der Hand haben werden.

Die Saar and Europa

Die Verwirrungen der Saarfrage, wie sie in der letzten politischen Chronik dargestellt wurden, sind durch eine Kundgebung der Gewerkschaften des Saargebietes in einem wesentlichen Punkt beseitigt worden. Ihre Erklärung ist ein Beispiel dafür, wie die Gewerkschaften im geeigneten Augenblick zum Wortführer der Nation zu werden vermögen. Daß das Wort der Gewerkschaften in einem reinen Industriegebiet als Stimme des Volkes angesehen werden darf, kann füglich wohl nicht bezweifelt werden. Die Gewerkschaften aber haben kund getan, daß das Saargebiet deutsch sein will. Man gibt die Kundmachungen der Saargewerkschaften am besten mit den Worten der Erklärung wieder, die Bundeskanzler Dr. Adenauer am 23. April 1952 vor dem Deutschen Bundestag abgegeben hat: „Die Saarregierung hat bisher immer wieder betont, daß es nur

eine Meine Gruppe von Außenseitern sei, die mit der gegenwärtigen Regelung unzufrieden sei. Diese Behauptung ist in der Zwischenzeit eindeutig widerlegt. Der neugewählte erste Vorsitzende der Einheitsgewerkschaft des Saargebietes hat am 30. März 1952 auf dem 2. Landeskongreß der Einheitsgewerkschaften wörtlich folgendes erklärt: Bei der Lösung der Saarfrage ziehen wir Deutschland vor, weil die deutsche Sprache, Art und Kultur uns eigen sind. Wir sind aber auch mit einer europäischen Lösung einverstanden, wenn keine französische Vorherrschaft die Voraussetzung ist und wir unser Eigenleben in Freiheit aufbauen können.“

Die Regierungserklärung, wie sie der Bundeskanzler abgegeben hat, macht offenkundig, daß die Kundgebung der Saargewerkschaften eine Entscheidung bedeutet, hinter die keine deutsche Politik zurückgehen kann.

Die Bundesregierung hat in den letzten Wochen erheblich[©] Anstrengungen gemacht, die Saarfrage in unmittelbaren Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschland zu regeln. Auf Grund einer Absprache mit dem französischen Außenminister Schuman vom 20. März dieses Jahres, die allerdings von den Beteiligten widersprechend ausgelegt wurde, glaubte die Bundesregierung ihren bereits eingeleiteten Appell an den Ministerrat der Europa-Union zurückziehen zu können. Der französische Außenminister Schuman bat von dem 20. März als einem historischen Datum gesprochen, und er hat dann die Zustimmung des Senats zum Schumanplan mit der Zusicherung bezahlen müssen, daß die Saar unter Wirtschaftseinheit mit Frankreich politisch unabhängig bleibe.

Bundeskanzler Adenauer hat am 23. April im Bundestag erklären müssen — seine eigene optimistische Voraussage desavouierend —, daß eine Lösung der Saarfrage in naher Zukunft nicht mehr zu erwarten sei. Die Bundesregierung hat sich darauf auch entschlossen, nun den Streitfall doch vor den Europarat zu bringen.

Der Bundestag nahm zur Saarfrage in der Sitzung vom 23. April in Resolutionen Stellung, die nun die Haltung des deutschen Volkes zu einer Zentralfrage der europäischen Staats-, Wartehefts- und Sozialpolitik in einer sehr wesentlichen Weise festlegen. Angenommen wurde eine Resolution der Regierungsparteien, die folgendermaßen lautet:

Das Saargebiet ist nach Völkerrecht deutsches Staatsgebiet.

Die gegenwärtigen Verhältnisse an der Saar sind ohne Rechtstitel und gegen die demokratischen Grundsätze und des Selbstbestimmungsrechts herbeigeführt.

„Über deutsches Staatsgebiet kann rechtens nicht ohne deutsche Zustimmung verfügt werden.

Wir erstreben durch Einigung Europas die Überwindung der nationalen Grenzen in gegenseitiger Achtung vor Recht und Freiheit.

Die Sozialdemokratische Partei hatte einen eigenen Antrag eingebracht, der sich einerseits in einzelnen Artikeln mit dem der Regierungsparteien deckte, andererseits aber doch verschiedene Akzente erkennen läßt:

1. Das Saargebiet ist nach Völkerrecht deutsches Staatsgebiet.

2. Seine tatsächliche Abtrennung ist ohne Rechtstitel und gegen die Grundsätze der Demokratie und des Selbstbestimmungsrechts erfolgt.

3. Über deutsches Staatsgebiet kann rechtens nur durch das Gesamtvolk verfügt werden.

4. Eine gedeihliche Zusammenarbeit der Völker Europas kann nur auf die Achtung vor Recht und Freiheit der anderen gegründet werden.

5. Der Bundestag wird keiner Regelung zustimmen, die diesen Grundsätzen widerspricht.

Regierung und Opposition gehen hauptsächlich in der Frage auseinander, ob die Regelung der Saarfrage eine Vorbedingung für den Abschluß des Generalvertrages (über die Gesamtbeziehung zwischen Westmächten und Bundesrepublik) sein sollte. Die Regierung ist der Meinung, daß der Generalvertrag wesentlich dazu beitragen könnte, die Atmosphäre des Mißtrauens und der Feindschaft zu beseitigen, durch die hauptsächlich die Regelung der Saarfrage erschwert und unmöglich gemacht wird. Die Opposition ist der Ansicht, daß die Bundesrepublik alle Aktionsmöglichkeiten in der Saarfrage aus der Hand gegeben hat, sobald sie einmal den Generalvertrag angenommen und sich der Möglichkeit begeben hat, Bedingungen für ihre Unterschrift zu stellen. Was soll Voraussetzung sein: Soll die Regelung der Saarfrage Voraussetzung für den Abschluß des Generalvertrages sein oder soll der Abschluß des Generalvertrages Voraussetzung für eine Lösung des Saarproblems sein? Die Saarfrage wird nun im Mai vor den Europarat kommen. Dabei wird offenkundig werden müssen, daß die Menschen und Völker kein Anhängsel von Kohlengruben

Die Dienstgruppen

Ein außerordentlich wichtiges soziales und politisches Problem wird durch das Gespräch über den deutschen Verteidigungsbeitrag immer wieder beleuchtet: das der Dienstgruppen. Besonders die französischen und englischen Besatzungsarmeen

haben sich eine wesentlich, von Deutschen getragene Organisation angegliedert, von der die Versorgung, der Nachschub, die technischen Hilfeleistungen durchgeführt werden. Das sind die Dienstgruppen, Verbände aus Deutschen, Zwittergebilde aus Zivil und Militär, sozusagen die „Etappe“. Man kann sagen, daß die „Dienstgruppen“ ein Problem fast vorbildlich gelöst haben, an dem z. B. das Dritte Reich gescheitert ist. Das Dritte Reich militarisierte die Etappe und — bis auf die Rüstungsindustrie selber — die gesamte Versorgung, Ausrüstung und zivilen Hilfsfunktionen der Truppe — mit der Wirkung, daß Heimat und Etappe einen Großteil der Armee selber absaugten und beanspruchten. Die abrupte Abschaffung der Dienstgruppen könnte eine Desorganisation der westeuropäischen Armeen mit sich bringen.

Auf der anderen Seite bedeuten aber die Dienstgruppen einen großen Aderlaß für die deutsche Wirtschaft. Sie stellen ein soziales Niemandsland dar, weil die sozialen Schutzgesetze der Bundesrepublik für die Dienstgruppen nicht gelten. Für die Dienstgruppen gilt das deutsche Gesetz fast so wenig wie für die Besatzungsarmeen. Eine Generalregelung ist daher überfällig, die es zuwege bringt, daß deutsches Land und deutsche Menschen einem deutschen Gesetz unterstehen.

Die britische Garantie

Die britische Regierung hat den an der Europaarmee beteiligten Staaten eine Garantie gegen einen Angriff gegeben. Das ist für das Gewebe der europäischen Politik recht bedeutsam. Durch Abmachungen solcher Art wird ja der Rahmen des europäischen Lebens gebildet, und dieser Rahmen ist bestimmend auch für die soziale und wirtschaftliche Politik Europas. Sie sind ein Präjudiz für die Lebensgemeinschaft der europäischen Völker.

Die britische Garantie zeigt, wie sehr sich die internationalen Verhältnisse durch die Weltkriege gewandelt haben. England verpflichtet sich — unter bestimmten Umständen — zum automatischen Kriegseintritt — was es durch lange Zeiträume des 19. und 20. Jahrhunderts hindurch oft gegen die Wirklichkeit selbst zu vermeiden strebte. Zum ersten Mal seit den Napoleonischen Kriegen schließt Großbritannien ein Militärbündnis mit einem deutschen Staat.

Aber die britische Garantie ist auch ein Surrogat. Es ist die Abschlagszahlung Englands, dafür, daß es nicht an der Organisation Europas und nicht an der Europaarmee teilnimmt. Hätte die Europaarmee ein englisches Kontingent, dann wäre es für Großbritannien unendlich schwieriger, sich einem Kriege zu entziehen, den die

Staaten der Europaarmee führen. Die Garantie in allen Ehren; aber auf dein Schutthaufen der Weltgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts liegen die unerfüllten Garantien in großer Zahl.

Das Gefüge der deutschen Politik

Die politische Landkarte Deutschlands ist erstmals durch die Begründung des Südweststaates, der jetzt Baden-Württemberg heißt, in einer wesentlichen Weise umgestaltet worden. Über die Besatzungsgrenzen hinweg ist ein neues deutsches Land geschaffen worden, und die territoriale Zersplitterung der Bundesrepublik ist dort, wo sie ein groteskes Ausmaß erreicht hatte, überwunden worden.

Die Wahlen zum konstituierenden Landtag von Baden-Württemberg bestätigten das Bild, das Bundestagsnachwahl und nachher auch die beiden Gemeindewahlen in Bayern ergaben. Sie zeigten, daß die Erstarung des Parteigefüges in der Bundesrepublik nur schwer zu überwinden ist. Im Schatten der Debatte über die Wiederaufrüstung schien sich im vorigen Jahr ein Erdbeben in der deutschen Parteientwelt anzubahnen. Inzwischen aber haben sich die politischen Erdmassen wieder vermischt. Die SPD hat sich zwar mehr als behauptet und ist teilweise noch immer im Fortschreiten. Aber auch die CDU hat sich erholt — selbst in dem alten Württemberg-Baden, das nicht zu ihrem „natürlichen“ Kerngebiet zählt. Das Parteien-Gleichgewicht der Bundesrepublik besteht daher fast unerschüttert fort, und all das, was es an Stabilität auf der einen Seite und an Lähmung und an Verkrampfung der deutschen Politik auf der anderen Seite in sich schließt.

Die Regierungsbildung in Baden-Württemberg zeigt, daß die Uneinheitlichkeit der deutschen Politik eher im Wachsen ist und ihre Kräfte und Mächte sich steigend verquert legen. Es ist in Baden-Württemberg nicht die Bonner Koalition gebildet worden. Das Land Baden-Württemberg hat also keine Vertretung im Bundesrat, auf die sich die Regierung in Bonn einigermaßen verlassen könnte. Das werden jene begrüßen, die Adenauers Politik für falsch halten und daher einen Hemmschuh für sie als wohltätig erachten. Das werden andererseits jene bedauern, die Adenauers Politik für richtig ansehen. Die Behinderung des Regierens aber kann auf die Dauer einem Staate nicht gut tun.

Man kann also nur hoffen — dünn, wie die Hoffnung auf die deutsche Wiedervereinigung sein mag —, daß die Wiederherstellung der deutschen Einheit die sozialen und politischen Kräfte Deutschlands so in Bewegung bringt, daß die Politik wieder mehr Regieren als am Regieren hindern sein wird.